Stellungnahme zu einer Petition an die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven

Hier: Wir fordern die Erhaltung aller Familienzentren in Bremerhaven

Petentin/Petent: Christina Schölzel - Veröffentlicht am: 20.06.2025

Zur am 20.06.2025 veröffentlichten Petition nimmt das Dezernat III, vertreten durch Herrn Stadtrat Günthner, wie folgt Stellung.

Der Jugendhilfeausschusses und der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen haben 22.05.2025 zur Vorlage AfJFF 15/ 2025-1 „Neuorganisation der Angebote der Frühen Hilfen in Bremerhaven“ Einstimmung mit einer Enthaltung folgende Beschlüsse gefasst:

- a. *Der Jugendhilfeausschuss bittet das Amt für Jugend, Familie und Frauen ein Konzept zur Neuorganisation der Angebote der Frühen Hilfen in Bremerhaven aufbauend auf einer Evaluation der Familienzentren und in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt zu erstellen.*

- b. *Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen beauftragt das Amt für Jugend, Familie und Frauen ein Konzept zur Neuorganisation der Angebote der Frühen Hilfen in Bremerhaven aufbauend auf einer Evaluation der Familienzentren und in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt zu erstellen. Das Konzept soll sich am Bedarf der Frühen Hilfen orientieren und die bisherigen Haushaltsmittel verbindlich als maximalen Rahmen zugrunde legen. Personelle und finanzielle Auswirkungen sind nachvollziehbar und gesondert darzustellen*

In der Petition wird zusammengefasst die Forderung eingebracht „Wir fordern die Erhaltung aller Familienzentren in Bremerhaven“. Eine konkrete Beschlussfassung zur Schließung von einzelnen oder mehreren Familienzentren liegt dem Fachausschusse nicht vor.

Vielmehr entwickelt das Amt für Jugend, Familie und Frauen innerhalb der zur Verfügung stehenden Mittel von rd. 560.000, - Euro im Bereich der Zuwendungen und 4 Stellen (TvöD SuE S 11) für die städtischen Familienzentren ein Konzept zur verlässlichen Umsetzung der präventiven und niederschweligen Zielsetzung der Frühen Hilfen in Bremerhaven.

Hierbei ist eine engere Verzahnung zwischen den Bereichen der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens anzustreben.

Zur Entwicklung des Konzeptes sind die bereits vorhandenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Finanzierung, Wirksamkeit und Effektivität zu betrachten. Eine Evaluation der Familienzentren soll erfolgen, um die vorhandenen Bedarfe und Anliegen der Familien zu erfassen. Angestrebt ist die Entwicklung von weiteren Quartiersbildungszentren in Sozialräumen mit hoher Problemdichte nach dem Vorbild des Bildungshauses im Stadtteil Lehe, um niedrigschwellige und präventive Beratungs- und Unterstützungsangebote der frühen Hilfen zu bündeln und

Vernetzungseffekte zu weiteren Angeboten aus dem Bildungs-, Integrations-, Sozial-, Gesundheits- und Jugendbereich zu schaffen.

Die Grundlage für eine rechtliche Verankerung der Frühen Hilfen bildet das Bundeskinderschutzgesetz (BKISchG). Ergänzend ist das Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) Teil und Kernstück des BKISchG zu berücksichtigen. Es regelt sowohl den präventiven als auch den intervenierenden Kinderschutz in der Bundesrepublik Deutschland und verpflichtet den örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe, im Bereich der Frühen Hilfen verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit der Leistungsträger und Institutionen im Kinderschutz aufzubauen und weiterzuentwickeln.

Günthner

Stadtrat